



**HK** Handelskammer  
Hamburg

## PRÄSESREDEN

# ZUSAMMENHALTEN IN UNRUHIGEN ZEITEN

*Rede von Präses Fritz Horst Melsheimer vor der Versammlung  
Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e. V. am 31. Dezember 2014*





**REDE VON PRÄSES  
FRITZ HORST MELSHEIMER  
VOR DER VERSAMMLUNG  
EINES EHRBAREN KAUFMANNS ZU HAMBURG E.V.  
AM 31. DEZEMBER 2014**

Herausgeber:  
Handelskammer Hamburg  
Adolphsplatz 1 | 20457 Hamburg  
Telefon 040 36138-138  
Fax 040 36138-401  
service@hk24.de  
www.hk24.de

Fotos: Michael Zapf

Stand: Januar 2015



## Inhaltsverzeichnis

### **Eröffnung**

durch Christian Dyckerhoff, Vorsitzender der  
Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e. V.,  
Mitglied des Vorstandes der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft 5

### **Rede**

von Fritz Horst Melsheimer, Präses der Handelskammer Hamburg 9

### **Schlusswort**

im Namen der Hamburger Wirtschaft von Gunter Mengers,  
Geschäftsführender Gesellschafter Gayen & Berns · Homann GmbH 38



## Eröffnung

durch Christian Dyckerhoff,

Vorsitzender der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e. V.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg zu Sylvester 2014 ist hiermit eröffnet!

Es ist mir eine große Freude, Sie so zahlreich zu dieser Jahresschlussversammlung am traditionellen Ort und zur üblichen Stunde am Sylvestertag begrüßen zu dürfen!

Diesen Willkommengruß richte ich an Sie zugleich im Namen unserer Handelskammer und insbesondere im Namen des Herrn Präses Fritz Horst Melsheimer, welcher gleich im Anschluss zu Ihnen sprechen wird.

Es ist Ausdruck der Vitalität und des inneren Zusammenhalts der Hamburger Wirtschaft, dass jedes Jahr von Neuem am Sylvestertag so viele Vertreterinnen und Vertreter von in und um Hamburg tätigen Unternehmen und Institutionen diese traditionelle Jahresschlussversammlung besuchen. Das unverändert große Interesse an dieser Veranstaltung von Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und öffentlichen Institutionen der Freien und Hansestadt Hamburg sowie ihrer Umgebung ist für die Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg stets eine hohe Auszeichnung.

Es ist guter Brauch, zu Beginn dieses Treffens einige Gäste namentlich oder als Vertreter ihrer Institutionen zu begrüßen. Dabei darf ich die Versammlung bitten, Ihrer Freude über die Anwesenheit der besonders erwähnten Gäste erst am Ende meiner Begrüßungsworte in einem großen „Gesamtapplaus“ Ausdruck zu geben.

So heiße ich sehr herzlich willkommen die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Frau Carola Veit, zugleich mit den anwesenden Damen und Herren Vizepräsidenten, den Fraktionsvorsitzenden und den Damen und Herren Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft, des Bundestages und des Europaparlamentes.

Es freut die Anwesenden besonders, dass wiederum der Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Herr Olaf Scholz, an dieser Versammlung teilnimmt. Zusammen mit Ihnen, sehr geehrter Herr Scholz, begrüße ich herzlich die zahlreich anwesenden Mitglieder des Senats unserer Stadt.

Ein besonderer Gruß gilt dem Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts, Herrn Joachim Pradel, wobei sich dieser Gruß auch

an die übrigen hier anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der in Hamburg tätigen Gerichte richtet.

Herzlich willkommen heiße ich ebenso die heute hier anwesenden amtierenden oder ehemaligen Ministerinnen und Minister in Bund und Ländern, ehemaligen Bürgermeister, Senatorinnen und Senatoren sowie die Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger unserer Stadt. Dieser Gruß gilt insbesondere Ihnen, sehr geehrte Frau Ernst, in Ihrer Eigenschaft als Ministerin für Schule und berufliche Bildung in Schleswig Holstein. Diese Versammlung begrüßt es sehr, dass durch Sie in besonderem Maße die politische und persönliche Verbundenheit zweier nördlicher Bundesländer symbolisiert wird. Den Ausbau der bereits engen Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig - Holstein in allen Bereichen, besonders in der Aus - und Fortbildung, unterstützt diese Versammlung aus vollem Herzen.

Über die einer guten Tradition entsprechenden Anwesenheit prominenter Vertreter der christlichen Kirchen freue ich mich ebenso wie über das Kommen der Vertreter der Hamburger Behörden, der verschiedenen nationalen und internationalen in Hamburg ansässigen Organisationen, der Bundeswehr, des konsularischen Corps sowie der in Hamburg vertretenen religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften.

Ein herzliches Willkommen gilt den zahlreich hier anwesenden führenden Persönlichkeiten unserer Nachbarkammern, der Handwerkskammer, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften. Ich danke Ihnen, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Den ehemaligen Präses der Handelskammer Hamburg danke ich für ihre Anwesenheit und ihre andauernde Unterstützung.

Last but not least gilt ein herzlicher Willkommensgruß den Vertretern der Medien, die auch in diesem Jahr zahlreich an der Jahresabschlussversammlung teilnehmen.

Dem diesjährigen Schlussredner, Herrn Gunter Mengers, danke ich für die Bereitschaft, den Dank der Kaufmannschaft an die Verantwortungsträger und die Belegschaft der Handelskammer als traditionellem Schlusspunkt der Versammlung auszusprechen.

Meine Damen und Herren, darf ich jetzt Ihren Begrüßungsapplaus erbitten?

Bevor wir zum Hauptteil dieser Veranstaltung, nämlich dem traditionellen Bericht des Herrn Präses unserer Handelskammer kommen, möchte ich gerne ein Thema aufgreifen, welches Sie in letzter Zeit vielleicht auch interessiert oder gar beschäftigt hat:

Unter dem Stichwort „Luxemburg-Leaks“ gibt es eine aktuelle, öffentlich geführte Dis-

kussion zur Frage der Steuerehrlichkeit von Unternehmen. Gefragt wird, ob ein ehrbarer Kaufmann eigentlich im Sinne seines Ethos handelt, wenn er sich mit seinem Unternehmen zwar an die national und international geltenden Steuergesetze hält, dabei aber gleichzeitig Chancen zur Steuersenkung oder Steuervermeidung wahrnimmt, indem er seine unternehmerischen Aktivitäten so gestaltet, dass die in einigen Staaten gesetzlich gegebenen Steuerprivilegien ausgenutzt werden? Ein ehrbarer Kaufmann akzeptiert eine solche kritische Frage. Er stimmt auch der Ansicht zu, wonach nicht alles, was legal ist, auch legitim ist. Jedoch, ein Ehrbarer Kaufmann muss so kostengünstig wie möglich arbeiten, sein Unternehmen wettbewerbsfähig halten und die vorhandenen Arbeitsplätze sichern beziehungsweise möglichst ausbauen. Steuern sind nämlich Kosten, zum Teil hohe Kosten. Daher kann man von einem Ehrbaren Kaufmann, der seine Steuern Jahr für Jahr gesetzestreu entrichtet, nicht erwarten, dass er mehr Steuern zahlt, als rechtlich geboten ist.

Gleichzeitig unterstützt ein Ehrbarer Kaufmann jede Initiative, die darauf gerichtet ist, weltweit, zumindest aber in der EU, transparente Steuersysteme ohne die in einigen Staaten üblichen, speziellen Steueranreize zu schaffen. Ein Ehrbarer Kaufmann spricht sich aus für einen fairen Wettbewerb transparenter Steuersysteme innerhalb einheitlicher, fester Leitplanken.

Die Bearbeitung und Beantwortung solcher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fragen, welche sich der Freien und Hansestadt Hamburg stellen, ist die tägliche Aufgabe unserer Handelskammer. Sie, sehr geehrter Herr Präses Melsheimer, werden in Ihrem nun folgenden Bericht die wesentlichen Themen aufgreifen, welche für eine weiterhin erfreuliche Entwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg entscheidend sein werden. Ihr Auditorium, zahlreich wie immer, erwartet plausible Rezepte und Anregungen zur Bewältigung der Herausforderungen, denen sich unsere Stadt und die in ihr tätigen Kaufleute im kommenden Jahr stellen müssen. Der Applaus, der Sie jetzt gleich bei Ihrem Weg zu diesem Podium begleitet, drückt sicher die Vorfreude auf deutliche Worte und klare Stellungnahmen aus!

Sehr geehrter Herr Präses, lieber Herr Melsheimer, Sie haben das Wort!



## Rede

von Fritz Horst Melsheimer,  
Präsident der Handelskammer Hamburg

### „Unsere Welt ist aus den Fugen geraten“

Diese Worte sprach Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Februar beim traditionellen Hamburger Matthiae-Mahl.

Auch bei seiner Rede anlässlich des „Hamburg Summit: China meets Europe“ in unserer Handelskammer knüpfte der Außenminister an diesen Gedanken an.

Er nahm damit Bezug auf die zahlreichen Krisen, mit denen die Weltgemeinschaft konfrontiert ist: Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, der Terror des selbsternannten islamischen Staates und die Ebola-Epidemie in Westafrika, um nur die besonders bedrohlichen Entwicklungen zu nennen.

### Die Rolle Deutschlands

Die internationalen Krisen, die wir erleben, werfen die Frage auf, welche Rolle Deutschland in Zukunft in der Welt spielen wird; beziehungsweise in unseren eigenen Augen oder denen Dritter spielen soll.

Die Antwort muss am Ende eines politischen Diskurses stehen, den wir im Lichte unseres ökonomischen Gewichts, unserer geographischen Lage und unserer Geschichte dringend führen müssen.

Diese Diskussion sollte vier Eckpunkte berücksichtigen:

1. Der Kalte Krieg schien vorüber. Die These des amerikanischen Politologen Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ hat sich aber nicht bewahrheitet. Die Demokratie hat sich nicht als universelle Regierungsform durchgesetzt.
2. Die USA sind als Ordnungsmacht an ihre Grenzen gelangt. Die kontraproduktiven militärischen Interventionen und das verzweifelte Suchen des amerikanischen Präsidenten nach einer Strategie für den Nahen und Mittleren Osten führen uns dies vor Augen.

Dieses faktische Scheitern belegt ein neues Entwicklungsstadium einer sich verändernden Welt mit neuen Mächten, die ihre neue Ordnung noch nicht gefunden haben. Die Vielzahl der Krisenherde zeigt dies überdeutlich.

3. In dieser Situation kann es sich Deutschland als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und Handelsmacht nicht bequem machen. Ich denke, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage: Es ist an der Zeit, dass wir mehr Verantwortung in der Welt übernehmen!
4. Diese Verantwortung müssen wir partnerschaftlich im Lichte unserer Interessen wahrnehmen.

Die Europäische Union ist das Haus, in dem wir ein wichtiges Stockwerk bewohnen. Wir müssen die Hausgemeinschaft stärken und gemeinsam handeln. Mit Russland haben wir einen starken Nachbarn, der Einflussgebiete verloren hat und nun an Grenzsteinen rüttelt. Also müssen wir wachsam sein und Lösungen suchen. Russland muss Partner bleiben.

## TTIP-Abkommen als Chance nutzen

Wichtigster Partner im Rahmen der westlichen Wertegemeinschaft sind zweifellos die USA. Auch diese Partnerschaft gehört gepflegt, übrigens von beiden Seiten.

Ich kann nicht nachvollziehen, dass das so wichtige TTIP-Freihandelsabkommen gerade in Deutschland als führender Exportnation so kontrovers diskutiert wird. Wir alle sollten uns stark machen für die Vollendung dieses Abkommens, das enorme Chancen beinhaltet.

Die globale Wirtschaft könnte einen solchen Impuls gut vertragen, denn die Abkühlung der weltweiten Konjunktur bietet Anlass zur Sorge. Das Wachstum schwächt sich bis auf wenige Ausnahmen ab. Ein regelrechter Einbruch der Konjunktur ist zwar noch nicht zu verzeichnen.

Angesichts der im Raum stehenden Risiken ist das aber überraschend. Wir dürfen uns keinesfalls darauf verlassen, dass dies so bleibt.

Auch die chinesische Wirtschaft wächst langsamer, wenn auch eine Rate von sieben Prozent noch keinen echten Anlass zur Sorge gibt. Wie sehr uns die Partnerschaft mit China am Herzen liegt, beweist der „Hamburg Summit: China meets Europe“, den wir in diesem Jahr zum sechsten Mal veranstaltet haben.

Neben dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Europaparlamentspräsident Martin Schulz und dem damaligen EU-Handelskommissar Karel De Gucht nahmen in diesem Jahr 600 weitere Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft teil. Dabei wurden viele neue Gedanken entwickelt und Kontakte geknüpft, um das deutsch-chinesische Verhältnis noch fruchtbarer zu gestalten. Hamburg steht wie kaum ein anderer Ort für Chinas Beziehungen zu Deutschland und Europa.

Hamburg ist mit über 500 chinesischen Firmen der europäische Chinastandort schlechthin. China ist wichtigster Partner des Hamburger Hafens.

Nach den vielen Gesprächen während des Hamburg Summit bin ich sicher, dass China die 2013 beschlossenen einschneidenden Wirtschaftsreformen angehen und gestärkt daraus hervorgehen wird. Wir sollten uns auf allen Ebenen für ein besseres gegenseitiges Verständnis und ein belastbares Vertrauensverhältnis einsetzen.

China und Europa sollten sich zusammen für die Fortentwicklung einer offenen, multilateralen, regelbasierten globalen Wirtschafts- und Handelsordnung engagieren. Deutschland muss dabei weiterhin eine Vorreiterrolle spielen.

## Russland zweitwichtigster Partner des Hamburger Hafens

Deutschland ist auch bei der Überwindung der Krise zwischen Russland, der Ukraine und der EU gefragt. Eine schnelle und pragmatische Lösung liegt im Hamburger Interesse. Ich erinnere daran, dass Russland bei den Handelspartnern Hamburgs an sechster Stelle steht. Für den Hamburger Hafen ist Russland mit über 700 000 Standardcontainern und mehr als elf Millionen Tonnen Seegütern sogar der zweitwichtigste Partner.

Die im Juli gegen Russland in Kraft getretenen Sanktionen der EU haben sich bereits nach kurzer Zeit erwartungsgemäß als zweischneidig erwiesen und zu direkten Beeinträchtigungen gerade der Hamburger Wirtschaft geführt:

Es gibt spürbar weniger Exporte von Hamburg nach Russland. Niederlassungen von Hamburger Firmen in Russland stehen vor großen Herausforderungen. Einige sind sogar bereits geschlossen worden. Russland wendet sich als Folge der Sanktionen verstärkt anderen Märkten wie China und Lateinamerika zu.

Die russische Bevölkerung rückt zusammen und es droht ein Rückfall in alte, überwunden geglaubte Feindbilder. In den letzten Jahrzehnten mühsam aufgebautes Vertrauen geht verloren.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ist das im Sinne der europäischen, der deutschen und der Hamburger Politik? Ich denke, nein. Ich meine, wir sollten auch die russische Sicht der Dinge berücksichtigen.

Russland und die Ukraine sind historisch, politisch und ökonomisch eng verbunden. Natürlich sieht Russland seine Interessen berührt, wenn sich die Ukraine, als wichtiger Teil der GUS, der EU zuwendet.

Natürlich bleibt dies die souveräne Entscheidung der Ukraine. Aber hätte es nicht mehr Sensibilität auf Seiten der Ukraine und der EU bedurft für einen so weitreichenden Strategiewinkel im Nachbarschaftsdreieck? Wir laufen Gefahr, uns auf einen neuen Kalten Krieg zuzubewegen, mit dem enorme politische und ökonomische Risiken verbunden wären. Dies gilt es in jedem Fall zu verhindern!

Es gibt keine Alternative zu einer politischen Lösung und einem raschen Ausweg aus der Sackgasse der Wirtschaftssanktionen.

## Reformstau in Europa

Die außenpolitischen Baustellen kosten Kraft und Aufmerksamkeit, die wir für die Renovierung unseres eigenen europäischen Hauses dringend benötigen.

In einigen der EU-Mitgliedsländer, zum Beispiel Irland und Spanien, stabilisiert sich die wirtschaftliche Situation nach tiefgreifenden Reformen. Das ist allerdings nur ein Silberstreif am Horizont. Bedenklich spitzt sich erneut die Situation in Griechenland zu.

Insgesamt gibt es in Europa kaum Wachstum, dafür Rekordzahlen an Arbeitslosen, Reformstau und allenthalben unzufriedene Bürger.

Frankreich und Italien haben zwar neue Regierungen erhalten, die durchaus problembewusst sind und Reformkurs einschlagen, doch kommen sie viel zu langsam von der Startrampe.

In beiden Ländern wird weiterhin viel mehr ausgegeben als eingenommen. Die zugesagten Korrekturen der Haushaltsentwürfe sind eher kosmetischer Natur.

Auch die versprochenen Arbeitsmarktreformen lassen auf sich warten. In Frankreich

wurde der Mindestlohn in diesem Jahr noch einmal kräftig erhöht. An der 35-Stunden-Woche kann und will François Hollande anscheinend nicht rütteln.

Auch Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi hat seinen wohlfeilen Ankündigungen bisher keine Taten folgen lassen. Ratschläge aus Deutschland hat er sich verbeten. Vielleicht zu Recht.

## Falsches Signal der Großen Koalition

Mit der schrittweisen Rücknahme der Agenda 2010 und teuren Sozialreformen verschenkt die Große Koalition leichtfertig die Reformrendite vergangener Jahre. Deutschland ist damit inzwischen wieder alles andere als ein Vorbild.

Diese Politik ist nicht nur teuer. Sie ist eben auch ein fatales Signal an unsere Partner in Europa. Wir können doch nicht glaubhaft einschneidende Reformen anmahnen, während in Deutschland großzügig Geschenke verteilt werden!

## Europäische Zentralbank auf falschem Kurs

Auch die Notenbankpolitik der Europäischen Zentralbank ist aus den Fugen geraten. Das Ende der Tabubrüche scheint noch nicht erreicht. Die EZB betreibt bereits de facto die monetäre Staatsfinanzierung. Ihr Chef, Mario

Draghi, hat weitere ungewöhnliche Maßnahmen angekündigt. Mit der hochriskanten, ausufernden Niedrigzinspolitik nimmt die EZB jeglichen Druck zur Ausgabenbegrenzung der öffentlichen Haushalte.

Die Politik des ultrabiligen Geldes begünstigt aber nicht nur den Reformstau. Sie kommt auch Sparer und Anleger in Deutschland teuer zu stehen. Es hat noch nie wirtschaftlich gesunde Zeiten gegeben, in denen die Aufnahme von Kapital kein Geld gekostet hat.

So werden spekulative Übertreibungen und Blasenbildung befördert.

Das ganze Ausmaß der Schiefelage wird daran erkennbar, dass zum Sparen kein Anreiz mehr besteht. Der Mittelstand leidet doppelt: Zur kalten Progression durch die Steuerpolitik kommt die kalte Enteignung durch die Zinspolitik hinzu.

Dass die europäische Geldpolitik sich besinnt, ist für mich nicht erkennbar, und das, obwohl sie ziemlich am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen ist. EZB-Präsident Draghi scheint entschlossen, die Sackgasse bis zum bitteren Ende zu durchschreiten. Durch den jüngst beschlossenen Ankauf von riskanten und höchst umstrittenen Kreditpaketen droht die EZB zu einer Bad Bank zu verkommen.

Unseren Währungshütern rufe ich von dieser Stelle zu: Lassen Sie ab von jedem Ansatz der

monetären Staatsfinanzierung, stellen Sie wieder normale Verhältnisse an den Geldmärkten her und erhöhen Sie den Druck auf einige Staaten zugunsten einer zukunftsorientierten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik!

## Europas Institutionen sind gefordert

Meine Damen und Herren, könnte man Wachstum herbeireden, läge die Europäische Union längst an der Spitze. Es vergeht kein Jahr, in dem EU-Gipfel und Ministertreffen nicht all ihre rhetorische Aufmerksamkeit auf Investitionen, auf Wirtschaftswachstum und auf neue Arbeitsplätze legen. Mit dem bekannten Zitat aus Goethes Faust: „Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen“ möchte man dieses Treiben kommentieren.

Das starke Abschneiden der Euro-Skeptiker, nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern, ist ein eindeutiges Warnsignal.

Nur wenn es durch Reformen gelingt, Europa wieder auf einen stabilen Wachstumspfad zu führen, können wir es schaffen, Europa auch wieder in die Herzen der Menschen zu bringen.

Die Nominierung und Wahl des Kommissionspräsidenten auf Basis der Mehrheitsverhältnisse im neu gewählten Europäischen Parlament war ein richtiger und wichtiger

Schritt. Die neue Kommission hat so an demokratischer Legitimation hinzugewonnen.

Diesen Rückhalt wird sie bei den zu bewältigenden Aufgaben gut gebrauchen können.

Die politischen Leitlinien, die der neue Kommissionspräsident Juncker entlang der Eckpunkte „Arbeitsplätze“, „Wachstum“, „Fairness“ und „demokratischer Wandel“ definiert hat, weisen in die richtige Richtung.

In vielen Bereichen sind die Vorschläge aber noch schwammig und unkonkret. Woher sollen zum Beispiel die 300 Milliarden Euro für das angekündigte Investitionspaket kommen?

Und was sollen wir von der Aussage des Kommissionspräsidenten halten, die Defizitsünder Frankreich und Italien „mögen“ keine Sanktionen und sollten daher geschont werden? Nach den Regelverletzungen der EZB war dies ein offener Aufruf zu einem weiteren Vertragsbruch.

Es bleibt daher abzuwarten, welchen Beitrag die neue Kommission dazu leisten kann, Europa aus der Krise herauszuführen und das Vertrauen der Europäer zurückzugewinnen.

## Angela Merkel ist die Person des Jahres

Wie in den vergangenen Jahren präsentierte sich Deutschland auch im Jahr 2014 mit nied-

riger Arbeitslosigkeit, hohen Steuereinnahmen und immerhin moderatem Wachstum als eine Festung der Stabilität im krisengeplagten Europa. Die britische TIMES kürte unsere Bundeskanzlerin zur „person of the year“ für ihre bedeutende Rolle in dem Dialog zwischen dem Westen und Russland. Sogar Fußballweltmeister sind wir geworden und im November verabschiedete der Bundestag für das Jahr 2015 erstmals seit 1969 einen Haushalt, der keine neuen Schulden vorsieht.

So weit, so gut.

## Mehr Vertrauen in Marktprozesse

Eine etwas genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass die gute Haushaltslage neben der gestiegenen Beschäftigung vor allem auf die künstlich niedrigen Zinsen, Steuereinnahmen in Rekordhöhe und eine demografische Atempause zurückgeht.

Der Verzicht auf neue Schulden fiel also relativ einfach und ist daher noch keinesfalls nachhaltig.

So spare ich mein Lob einstweilen noch auf, bis diese Entwicklung von größerer Dauer ist und zudem die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Denn die Investitionsquote ist viel zu gering.

Dass es an der Nachhaltigkeit mangelt, belegen auch die sozialpolitisch motivierten

Wahlgewinne an das jeweilige Klientel der Koalitionspartner.

Ich nenne die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns, die Rolle rückwärts in der Rentenpolitik oder die Einführung der Mütterrente.

Diese Politik beschädigt das Vertrauen der Wirtschaft in die langfristige Verlässlichkeit wirtschaftspolitischer Entscheidungen und erweckt Zweifel an der ordnungspolitischen Grundorientierung der Bundesregierung.

Nicht umsonst trägt das Gutachten des Sachverständigenrats in diesem Jahr den Titel: „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“.

Ein Appell, dem ich mich nur anschließen kann!

## An alten Zielen festhalten

Meine Damen und Herren, Deutschland darf es sich nicht leisten, wirtschaftspolitisch auf der Stelle zu treten oder sich gar im Strom zurücktreiben zu lassen. Bei einer neuerlichen Erbschaftssteuerreform sollte an den alten Zielen, dem Vorrang von Arbeitsplätzen in Familienunternehmen, festgehalten werden. Neben mehr Vertrauen in den Markt brauchen wir auch weitere Reformen, zum Beispiel beim Bürokratieabbau oder bei der Beseitigung der kalten Progression. Wer, wenn nicht eine

große Koalition, sollte in der Lage sein, solche Reformen anzugehen? Wann, wenn nicht in einer wirtschaftlich günstigen Situation, ist der richtige Zeitpunkt?

Investieren statt konsumieren sollte die Devise der Bundesregierung lauten. Ich ermutige Frau Merkel und Herrn Gabriel: Nutzen Sie Ihre Chance!

## Energiewende vorantreiben

Eines der bundespolitischen Themen mit der größten Bedeutung für Norddeutschland ist die Energiewende. Im Energiesektor sind massive private und auch öffentliche Investitionen erforderlich.

Insbesondere der Ausbau der Windenergie an Land und auf See bringt Impulse für die Wirtschaft. In Norddeutschland sind bereits 45.000 Menschen in der Windenergiebranche beschäftigt und Hamburg hat sich als Windenergie-Hauptstadt etabliert. Auf der Messe WindEnergy traf sich in diesem Jahr erstmals die globale Szene in unserer Hansestadt. Aber Chancen und Herausforderungen liegen bei der Energiewende dicht beieinander.

Dies bestätigt auch eine bundesweit von den Industrie- und Handelskammern durchgeführte Befragung der Wirtschaft zu den Auswirkungen der Energiewende.

## Die Energiewende muss finanzierbar bleiben

Hamburg ist das Bundesland mit der optimistischsten Einschätzung. Aber es beklagen auch 60 Prozent der Hamburger Unternehmen steigende Strompreise. Fast ein Viertel der Unternehmen war im Befragungszeitraum sogar von Stromausfällen betroffen. Wichtige Fragen der Energiewende sind noch nicht gelöst.

Die Preisspirale muss gestoppt werden. Die Energienetze sind weiter aus- und umzubauen. Wir brauchen dringend eine gerechte Verteilung der dazu erforderlichen Kosten.

Die Speichertechnologien müssen weiterentwickelt werden, wobei der Wasserstoff eine entscheidende Rolle spielen kann.

Unsere Handelskammer wird zu Beginn des nächsten Jahres gemeinsam mit anderen norddeutschen Kammern eine Informationskampagne starten, um den Netzausbau voranzubringen.

## Konsequent in Infrastruktur investieren

Ein Bereich, in den nach wie vor viel zu wenig investiert wird, und in dem wir sogar Substanzverlust erleiden, ist die Verkehrsinfrastruktur. Gerade die Wirtschaftsstandorte

im Norden benötigen mit ihren Seehäfen als Schnittstelle zum Welthandel eine leistungsfähige Infrastruktur. Die land- und seeseitige Erreichbarkeit der Seehäfen ist für die gesamte deutsche Im- und Exportwirtschaft elementar.

Spätestens seit dem Bericht der Bodewig-Kommission wissen wir, dass jährlich über sieben Milliarden Euro fehlen.

Doch verweigert die Politik bislang im vollen Bewusstsein dieser Fakten die Lösung! Wir müssen endlich vom Reden zum Handeln kommen!

Das symbolisch aufgeladene Projekt der Pkw-Maut wird uns dabei nur wenig helfen.

Es gibt Berechnungen, dass von den angepeilten 3,7 Milliarden Euro Bruttoeinnahmen pro Jahr nach Rückerstattung an die deutschen Autofahrer und Abzug der Erhebungskosten nur 500 Millionen Euro übrig bleiben. Ein weiterer Tropfen auf den heißen Stein.

Ich plädiere daher dafür, über neue Modelle der Infrastrukturfinanzierung nachzudenken. Die IHK Nord und die norddeutschen Verkehrsminister haben verabredet, dies gemeinsam zu tun.

Dabei soll über alternative Finanzierungsmöglichkeiten, auch mit Blick auf privates Kapital, nachgedacht werden. Finanzierungsschwierigkeiten sind allerdings nur ein Teil des Problems beim Ausbau der Infrastruktur.

## Zukunft Norddeutschlands durch Umweltrecht und EU-Richtlinien gefährdet

Ein anderer Aspekt sind die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren. Das wurde uns am 2. Oktober diesen Jahres wieder einmal besonders drastisch vor Augen geführt.

Das lang erwartete Urteil des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts zur Fahrrinnenanpassung der Elbe wurde nicht gefällt.

Zwar hat das Gericht den Bestand der Planfeststellungsbeschlüsse grundsätzlich bestätigt und viele von der Klageseite eingebrachte Punkte gar nicht erst aufgegriffen.

Allerdings wurde das Verfahren so lange ausgesetzt, bis der Europäische Gerichtshof im parallel laufenden Weserverfahren entschieden hat, wie die Europäische Wasserrahmenrichtlinie auszulegen ist. Die Entscheidung im Weserverfahren hat damit auch für unser Elbe-Verfahren Auswirkungen.

Die abermalige zeitliche Verzögerung dieses für die Metropolregion mit Abstand wichtigsten Infrastrukturprojektes wirft international Zweifel an der Verlässlichkeit von Infrastrukturplanungen in Deutschland auf und weckt die Sorge, ob der Industriestandort Deutschland die Wurzeln seines Wohlstandes zu verteidigen in der Lage ist. Die Wirtschaft hatte

sich ein anderes Signal aus Leipzig erhofft.

Schelte am Gericht ist gleichwohl unangebracht. Die Entscheidung des Gerichts macht aber eines klar:

Die Zukunft Norddeutschlands mit seinen Hafenstädten Hamburg und Bremen und die Zukunft vieler anderer europäischer Metropolen am Wasser wird massiv durch eine EU-Richtlinie gefährdet, der alle Regierungen zugestimmt haben, die aber ganz offensichtlich niemand versteht.

Anders ist es nicht zu erklären, dass weder die Planungsverantwortlichen wissen, nach welchen Kriterien eine mögliche Wasserverschlechterung zu bewerten ist, noch die Gerichte in der Lage sind, diese Frage ohne Verweis an den Europäischen Gerichtshof zu beurteilen.

Ein inzwischen zwölf Jahre andauerndes Verfahren, mehr als 2 600 Seiten Planungsunterlagen, drei Planänderungen und die Beschlüsse dreier Landtage und des Bundestags, dokumentieren die Komplexität und die Tragweite des Projekts.

Dass dieses Verfahren nun nicht nur durch die Klage der zuvor intensiv beteiligten Umweltverbände, sondern auch durch eine offensichtlich nicht justiziable Richtlinie weiter verzögert wird, ist skandalös.

Meine Vorgänger und ich haben in den vergangenen Jahren an dieser Stelle – oft mit einem Augenzwinkern – über absurde Richtlinien der EU gesprochen. In dieser Lage allerdings verbietet sich jeglicher Galgenhumor. Dennoch müssen aus der Situation, in die wir uns hineinmanövriert haben, nun die richtigen Schlüsse gezogen werden. Das zu komplexe und unklare Umwelt- und Planungsrecht gehört vom Kopf auf die Füße gestellt.

## Reformbedarf im Umweltrecht

Erstens plädiere ich dafür, sämtliche Umwelt- und Planungsvorschriften auf internationaler, europäischer und deutscher Ebene zu überprüfen. Sie müssen vereinfacht und klar formuliert werden. Zweitens müssen wir grundsätzlich über den Ablauf von Planungsverfahren nachdenken.

tatt den Umweltverbänden ex post das scharfe Schwert der Verbandsklage in die Hand zu geben, sollten sie ex ante stärker in die Verantwortung genommen werden.

Das „ob“ einer Infrastrukturentscheidung sollte nach einem intensiven Beteiligungsprozess klar in parlamentarischer Verantwortung liegen. Diese gehört in dieser Hinsicht gestärkt. Auch bei der anschließenden Umsetzung sind umfangreiche Formen der Beteiligung wünschenswert.

Unsere Handelskammer wird diesen Vorschlag im kommenden Jahr weiter ausarbeiten und hierzu das mit dem NABU begonnene Gespräch weiterführen. Ich würde mich freuen, wenn wir zu gemeinsamen Vorschlägen kommen.

Dass wir bei allen unterschiedlichen Auffassungen willens und in der Lage sind, gemeinsame Projekte zwischen Umweltverbänden und Wirtschaft zu initiieren, zeigt das in diesem Jahr von unserer Handelskammer und dem NABU gestartete Vorhaben „UnternehmensNatur“, das freiwilligen Naturschutz auf Unternehmensgrundstücken fördert. Erste Erfolgsbeispiele zeigen, dass Wirtschaft und Naturschutz eben keine unüberbrückbaren Gegensätze sein müssen!

## Norddeutsche Kooperationen intensivieren

Hamburg ist eng verflochten mit Norddeutschland, mit dem wir viele gemeinsame Interessen gegenüber der Bundesregierung teilen.

Daher sollten die politischen und wirtschaftlichen Kräfte im Norden noch stärker als bisher zusammenwirken, um gemeinsam gegenüber dem Bund aufzutreten!

Die Wirtschaft arbeitet schon lange eng und vertrauensvoll zusammen. Zum Beispiel in der IHK Nord und im Unternehmerkuratorium Nord.

Bei unseren Begegnungen mit der norddeutschen Politik, zeigt sich eine hohe Übereinstimmung in vielen wesentlichen Fragen. Unser gemeinsames Ziel sollte lauten: Das bestehende Nord-Süd-Gefälle der wirtschaftlichen Entwicklung muss auf mittlere Frist beseitigt werden!

Ein wichtiger Motor in diesem Prozess ist die Metropolregion Hamburg, denn ohne sie wird dieses Ziel nicht erreichbar sein. Dazu muss die Drehzahl dieses Motors erhöht werden. Es bedarf einer Ergänzung der heute noch rein staatlich verfassten Strukturen der Metropolregion.

Die von der norddeutschen Wirtschaft getragene Initiative pro Metropolregion Hamburg e.V. steht bereit, sich hier zu engagieren. Mit der Beteiligung an dem Projekt zur Entwicklung des Industriestandortes Unterelbe zeigen wir schon jetzt, wie Wirtschaft und Politik durch gemeinsame Projekte die Entwicklung der Region fördern können.

Mit unserer Umfrage „Wo drückt der Schuh?“ haben wir in diesem Jahr viele Ansatzpunkte für Verbesserungspotenzial beim ÖPNV, bei den Verwaltungsservices, und vor allem in der Schul- und Berufsausbildung in der Metropolregion aufgezeigt. Insbesondere in der Bildungspolitik drückt die Arbeitnehmer, die sich beidseits der Ländergrenzen bewegen, der Schuh.

## Einheitliche Standards erwünscht

Warum gibt es auf dem Gebiet der Metropolregion in vier Bundesländern vier verschiedene Schulsysteme mit unterschiedlichen Lehrplänen?

Warum ist der grenzüberschreitende Schulbesuch so schwer möglich? Warum gibt es unterschiedliche, zum Teil stark voneinander abweichende Ferienregelungen? Diese Widersprüche treiben viele Menschen in der Metropolregion um. Sie beeinträchtigen Bildungschancen, erschweren den Alltag und beschränken die Mobilität.

So wie wir in Hamburg einen Schulfrieden haben, brauchen wir daher auch einen Konsens für die Metropolregion! Ich ermuntere die Politik: Haben Sie Zutrauen in die Beteiligung der Wirtschaft und lassen Sie uns die Themen der Metropolregion gemeinsam anpacken!

Neben der Entscheidung über die Fahrrinnenanpassung steht im kommenden Jahr eine weitere wichtige Weichenstellung an.

## Olympia nach Hamburg!

Die Frage, ob sich Deutschland mit Hamburg als Austragungsort für die Olympischen Sommerspiele im Jahr 2024 bewerben wird. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, vor einem Jahr

hatte ich Sie von dieser Stelle aus gebeten, das Thema Olympia anzupacken.

Heute möchte ich Ihnen danken: Sie haben sich darum gekümmert und mit dafür gesorgt, dass wir heute eine der beiden deutschen Bewerberstädte sind.

Für Olympische Sommerspiele 2024 in Hamburg gibt es gute Argumente:

Erstens: Hamburg, das Tor zur Welt, würde zum Tor für die Welt. Die Spiele 2012 in London führten zu fünf Milliarden Kontakten im Fernsehen und im Internet. 2024 dürften es noch deutlich mehr sein.

Das wird dazu führen, dass viele junge Menschen und Gäste zu uns kommen, nicht nur die Sportlerinnen und Sportler. Hamburg wird sich als attraktive Großstadt präsentieren. Damit wird auch ein Beitrag geleistet, die Fachkräftesituation zu verbessern.

Zweitens: Hamburg und die Metropolregion könnten einen großen Sprung bei Stadtentwicklung und Infrastruktur machen. Wir würden aufsteigen in der Liga der Metropolen. Ein neuer Stadtteil würde entstehen, der die Lücke zwischen der Hafencity und Wilhelmsburg schließt und so den Sprung über die Elbe komplettiert. Unser Nahverkehrsnetz würde ausgebaut werden, die Sporthallen modernisiert und das Verkehrsnetz in der ganzen Metropolregion würde profitieren.

Und drittens: Der Sport würde einen Boom erfahren. Nichts motiviert junge Sportler so sehr, wie die Aussicht, an Olympischen Spielen in der eigenen Stadt teilzunehmen. London und Großbritannien haben hierfür einen eindrucksvollen Beweis geliefert. Mehr Sport heißt bessere Gesundheit, bessere Integration, mehr Toleranz und Stolz auf die Leistungen unserer Athleten.

Den Zweiflern möchte ich sagen: Hamburg kann Olympische Spiele ausrichten, ohne seinen Charakter als liebenswerte, vielfältige und tolerante Stadt aufzugeben. Natürlich wird die Stadt attraktiver für Menschen und Unternehmen auf der Suche nach einem neuen Standort. Aber zuallererst wird die Stadt attraktiver für unsere eigenen Bürger.

Ich bin davon überzeugt: Hamburg kann sich Olympische Spiele auch leisten. Die Schuldenbremse muss eingehalten werden, mit oder ohne Olympia.

## Keine neuen Schulden durch Olympia

Ich erwarte, dass die mit Olympia verbundenen Ausgaben genau geplant und berechnet werden. Denjenigen, die die Kosten kritisieren, sage ich: Ein großer Teil der Ausgaben sind Investitionen. Das bedeutet Arbeitsplätze, Einkommen und Zukunftssicherung. Der Bund würde hier von einem erheblichen Anteil übernehmen, da es um eine gesamtdeutsche Bewerbung geht.



Vor der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns sprach Handelskammer-Präses Fritz Horst Melsheimer unter anderem über die Verkehrsprobleme und eine Reform des Umwelt- und Planungsrechts



Gunter Mengers, Geschäftsführender Gesellschafter Gayen & Berns, hielt das Schlusswort



Bürgermeister Olaf Scholz und zahlreiche Senatoren waren anwesend



Christian Dyckerhoff, Vorsitzender des Ehrbaren Kaufmanns, eröffnete die Versammlung



Altbürgermeister Dr. Henning Voscherau mit Bürgermeister Scholz und Präses Melsheimer



Detlef Scheele, Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, und Handelskammer-Vizepräses Andreas Bartmann



Über 2000 Gäste, darunter zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens, verfolgten die Jahresschlussansprache des obersten Repräsentanten der Hamburger Wirtschaft



Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (li.) und zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt



Die Handelskammer-Altpräsidenten Nikolaus W. Schües, Frank Horch und Peter Möhrle (v. li.)



Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz (li.) und Handwerkskammer-Präsident Josef Katzer



Der ehemalige VEEK-Vorsitzende Egbert Diehl, OLG-Präsidentin Erika Andreß und Ex-Vizepräsident Dr. Jens Peter Breitengroß (v. li.)



Haspa-Vorstandssprecher Dr. Harald Vogelsang (li.) und Schulsenator Ties Rabe



Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher mit Ehefrau Eva Maria Tschentscher

Ich halte das vom Senat vorgestellte Konzept für die Olympischen Spiele im Herzen unserer Stadt für nachhaltig, den Bedürfnissen unserer Stadt angepasst und zugleich international Erfolg versprechend.

Lassen Sie mich aber auch deutlich unterstreichen: Gemeinsam mit dem Senat werden wir dafür Sorge tragen, dass die im Ostteil des Hafens tätigen Unternehmen nicht unter die Ringe kommen, sondern adäquaten Ersatz erhalten, beziehungsweise Nachbarschaftskonflikte vermieden werden.

Die Reformen der Olympischen Spiele, die das IOC im Dezember beschlossen hat, waren notwendig und zeigen: Hamburg ist mit seinem Konzept der nachhaltigen Spiele und der kurzen Wege auf dem richtigen Weg.

Entsprechend machen die letzten Umfragen deutlich, dass sich insbesondere die jungen Menschen in unserer Stadt mit großer Mehrheit für Olympia in Hamburg aussprechen. Sie sehen die hiermit verbundenen Chancen für ihre Zukunft.

Ich hoffe, dass dieser Funke der Begeisterung auf alle überspringt und sich die Hamburger Bevölkerung eindeutig für die Idee ausspricht. Wir, die Hamburger Unternehmen, sollten mit gutem Beispiel vorangehen.

Schon heute danke ich dem Senat, insbesondere Herrn Senator Neumann, und allen wei-

teren engagierten Unterstützern dafür, dass Sie sich die Idee der Olympischen Spiele in Hamburg zu eigen gemacht haben und sich nachdrücklich dafür einsetzen.

## Bürgerschaftswahlen in Sicht

Eine weiteres Thema, das Hamburg im kommenden Jahr unausweichlich bewegen wird, sind die Bürgerschaftswahlen im Februar.

Unsere Handelskammer hat hierzu die Hamburger Wirtschaft befragt, in welchen Politikfeldern am dringendsten gehandelt werden muss.

Bei vergangenen Wahlen standen dabei stets die Finanzpolitik und der Öffentliche Haushalt ganz oben auf der Liste. In diesem Jahr landete das Thema im Mittelfeld.

Und das passt zu der guten Nachricht, die Sie, Herr Senator Tschentscher, vor einigen Wochen vermelden konnten.

Auch Hamburg ist dieses Jahr ohne neue Schulden ausgekommen.

Sollte es beim abschließenden Kassensturz gar einen Überschuss geben, wäre der Weg frei für den von uns seit Langem geforderten Beginn der Schuldentilgung; angesichts von 28 Milliarden Euro Schulden ein langer Weg, der aber beschritten werden muss.

Den größten Handlungsbedarf sieht die Hamburger Wirtschaft gemäß unserer Umfrage nicht mehr, wie in den Vorjahren, in der Haushaltspolitik, die gute Noten bekommt, sondern in der Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Infrastrukturpolitik. 70 Prozent der Unternehmer sehen hier eine deutliche Priorität.

## Mehr Wohlstand durch bessere Infrastruktur

Dieses klare Meinungsbild macht deutlich: Für die Hamburger Wirtschaft liegt der Schlüssel zum Wohlstand unserer Stadt mehr denn je im Verkehr.

Das gilt für die Fahrrinnenanpassung und die vielen überregionalen Infrastrukturprojekte von den beiden Elbquerungen bis hin zur festen Fehmarnbeltverbindung. Es gilt ebenso für den innerstädtischen Verkehr.

Unsere Handelskammer hat mit ihrem umfangreichen Standpunkt „Stadtmobilität in Hamburg 2030“ in diesem Jahr hierzu viele sehr konkrete Vorschläge gemacht.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem in der Presse oder auf Veranstaltungen nicht die Zukunft des Verkehrs in unserer Stadt erörtert wird. Prominentes Beispiel ist die Auseinandersetzung um das richtige System für den Ausbau des Hamburger Schnellbahnnetzes.

Hier stehen sich die Befürworter neuer U-Bahnstrecken mit den Verfechtern der Einführung einer Stadtbahn gegenüber. Unsere Handelskammer hat, wie ich finde, eine gute Kompromisslösung parat: die Metrobahn. Diese könnte, wo genug Platz ist, ebenerdig als Stadtbahn fahren, aber auch unterirdisch als U-Bahn verkehren. Da ein solches Projekt viele Jahre und Jahrzehnte benötigt, wird es ohne einen gewissen überparteilichen Konsens nicht gehen. Wir haben diese Lektion bei dem Thema „Schule“ mit dem Schulfrieden bereits gelernt.

Jetzt benötigen wir, um beim Ausbau des schienengebundenen ÖPNV nachhaltig voranzukommen, endlich einen Bahnfrieden!

Unsere Metrobahn vereinigt die Stärken der U-Bahn-Idee der SPD mit der Stadtbahnvorstellung von Schwarz-Grün. Setzen Sie sich also an einen Tisch und einigen sie sich!

Kommen wir zu den Hamburger Straßen. Lieber Herr Senator Horch, nach Jahren des Instandsetzungsstaus haben Sie Geld und Spaten beherzt in die Hand genommen, die Straßen aufgerissen, asphaltiert, Verkehrsführungen überdacht und den Hamburgern insgesamt viel zugemutet. So viel Mut ist in der Politik selten.

Man hat Ihnen diese dankbare Aufgabe wahrscheinlich sehr gerne überlassen und Sie haben keine Baustelle ausgespart, die es anzugehen galt.

Dafür gilt Ihnen unser großer Respekt, denn vom Nicht-Bauen werden die Straßen nicht besser.

Nur bei der Koordination hätten wir uns ein ähnlich zupackendes Verhalten gewünscht.

Hier ist sicher noch Luft nach oben, wie das Beispiel der Bauvorhaben auf den sogenannten Bezirksstraßen zeigt, die weitgehend ohne Einbeziehung Ihrer Koordinierungsstelle stattfinden.

## Fehlende Parkplätze gefährden den Einzelhandel

Und an der einen oder anderen Stelle wäre auch ein Ausbremsen übereifriger Verkehrsplaner nicht verkehrt gewesen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Papenhuder Straße. 40 Parkplätze sollen dort aufgrund neuer Bus- und Rads Spuren ersatzlos wegfallen. Für die dort ansässigen 40 inhabergeführten Geschäfte könnte dies schnell das Aus bedeuten.

Ähnliches droht in der Langen Reihe. Der Rückbau der Busbuchten und die Schaffung völlig unnötiger Verkehrsinseln in dieser schmalen Straße ist ein Stück aus Schilda und zudem angesichts überlanger Sperrungen rücksichtslos gegenüber den Geschäftsinhabern. Diese Maßnahme gehört gestoppt und grundsätzlich überdacht.

Wer Verkehr bei gegebenen Kapazitäten beschleunigen will, der kommt um die digitale

Verkehrssteuerung nicht herum. Durch moderne Technik, die heute bereits in vielen Autos verbaut wird, lassen sich die Position und die Geschwindigkeit vieler Fahrzeuge erheben. Kombinierte man die Daten vieler Fahrzeuge im Stadtgebiet, ließe sich das Verkehrsgeschehen in Echtzeit erfassen und steuern.

Ein solcher Quantensprung in der Steuerungstechnologie sollte genutzt werden, um das Straßennetz deutlich besser zu nutzen und den Verkehrsfluss zu optimieren. Experten schätzen, dass die Kapazität so um 40 Prozent gesteigert werden kann.

Hamburg sollte daher das kleine Zeitfenster für First-Mover nutzen, um sich zur Modellstadt für die digitale Verkehrssteuerung zu erklären.

Ein bedeutender Schritt zu der von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, propagierten „Smart City“.

Viele gute Ideen für eine solche „Stadt von Morgen“ sind hier in unserer Handelskammer in Anwesenheit der Bundeskanzlerin und des halben Bundeskabinetts Mitte Oktober präsentiert worden.

## Digitale Agenda für Hamburg

Beim Nationalen IT-Gipfel, den Senat und unsere Handelskammer mit einer gemeinsamen

Bewerbung nach Hamburg geholt hatten, konnten wir uns als „Digitale Kaufmannsstadt“ präsentieren, nämlich mit einer starken IT-Branche, innovativen Ideen und klugen Anwendungsbeispielen. Hieran gilt es anzuknüpfen, nämlich mit einer konsequenten „Digitalen Agenda für Hamburg“, die die Potenziale für Stadt und Wirtschaft bei diesem Thema hebt.

Bundesweiter Vorreiter ist Hamburg bereits heute im Bereich der Elektromobilität, wobei sich Deutschland insgesamt noch auf einem eher niedrigen Niveau bewegt. Das wollen wir ändern.

Daher haben unsere Handelskammer und die Handwerkskammer eine gemeinsame Beschaffungsinitiative für Elektrofahrzeuge gestartet.

Damit wollen wir der E-Mobilität einen deutlichen Schub in Hamburg geben!

## Musik aus Hamburg

Potenziale hat auch die „Musikstadt Hamburg“, die wir in einem Standpunktpapier in diesem Jahr untersucht haben. Der Dreiklang „Musical-Reeperbahn-Elbphilharmonie“ kann dabei die Tonleiter sein, auf der Hamburg zur Musikstadt Nummer Eins in Deutschland aufsteigt.

Damit dies gelingt, sollte die Stadt gemeinsam mit den wichtigsten Partnern eine Strategie

zur Entwicklung der Musikstadt Hamburg erarbeiten.

Das selbstgesteckte Ziel erreicht hat der Senat bei seinem Wohnungsbauprogramm.

Es verläuft erfolgreich und kann sich wirklich sehen lassen.

Die Fokussierung auf den Wohnungsbau bereitet aber auch Schwierigkeiten in anderen Bereichen. In einem Stadtstaat wie Hamburg ist die Fläche naturgemäß begrenzt und jede Fläche kann nur einmal vergeben werden: Für den Wohnungsbau oder für Gewerbe.

Vor diesem Hintergrund ist es prinzipiell zu begrüßen, dass sich der Senat mit seinem Konzept „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ den großen Entwicklungspotenzialen für Wohnen und Gewerbe in seinen östlichen Stadtteilen zuwendet.

Kritisch daran ist aber, dass der heute intensiv industriell genutzte Bereich von Hamm-Süd teilweise mit Wohnen durchmischt werden soll. Damit verbunden wären strenge Auflagen bezüglich der Lärm- und sonstigen Emissionen für die ansässigen Gewerbebetriebe.

Dies ist mit der bestehenden gewerblichen und industriellen Nutzung nicht vereinbar. Und auch innerstädtische Standortalternativen für verdrängte Unternehmen gibt es

nicht, da das Konzept so gut wie keine neuen Flächen anbietet.

Ich rate daher dazu, dieses Konzept in enger Abstimmung mit den Kammern und Verbänden zu überarbeiten und uns in den Umsetzungsprozess eng einzubinden.

## Hamburg kann im Osten noch wachsen

Gerne kündige ich an, dass unsere Handelskammer im kommenden Jahr mit dem Projekt „Masterplan Bille-Achse“ eine eigene Planungsoption vorlegen wird, die aufzeigt, wo und wie Hamburg in seinen östlichen Quartieren noch wachsen kann.

In den letzten Wochen waren wir Zeugen einer Diskussion um den Rang der Wissenschaftspolitik in unserer Stadt.

Ich danke den Herren von Dohnanyi, Maier und Peiner für den entsprechenden Anstoß, und ich würde mir wünschen, dass diese Diskussion nicht ohne eine Bewusstseinsänderung bei uns allen endet.

Denn genau darum geht es: eine Änderung unseres Bewusstseins darüber, worauf unser Wohlstand gründet.

Eine Binsenweisheit besagt: Auf einem Bein steht sich schlecht.

Natürlich ist und bleibt der Hafen und das maritime Cluster aus Logistik, hafenbezogenen Industrien, Außenhandel, Banken, Versicherungen und Dienstleistungen die Seele unserer Stadt. Wir haben allen Grund, dieses Standbein zu hegen und zu pflegen.

Aber ist es angesichts der Größe unserer Stadt und angesichts der Verantwortung, dass unsere Kinder und Kindeskindern attraktive Arbeitsplätze vorfinden, nicht angezeigt, ein zweites Eisen ins Feuer zu legen?

## Wissenschaft: Zweites Standbein in Hamburg

Dieses zweite Eisen ist Hamburg als Standort für wissenschaftliche Exzellenz und Hochtechnologie. Natürlich weiß ich, dass dies in vielen Papieren geschrieben steht, nicht zuletzt seit über 15 Jahren in denen unserer Handelskammer. Auch meine verehrten Vorgänger haben dies immer wieder betont.

Dieser Senat hat Hamburg sogar als eine „Innovationshauptstadt Europas“ ausgerufen. Doch wir müssen vom Reden und Rufen endlich zu einem noch entschlosseneren Tun gelangen.

Hier ist der Beitritt Hamburgs zur Fraunhofer-Gesellschaft ein erster und wichtiger Schritt; genauso wie der Anschlag von jetzt immerhin drei von insgesamt sechs von uns vorgeschlagenen Technologieparks. Doch gro-

Be Würfe erfordern mehr. Hier müssen richtig Prioritäten verschoben und Geld in die Hand genommen werden.

Dies wird politisch nur zu bewegen sein, wenn Wissenschaft und Forschung im Allgemeinbewusstsein unserer Stadt einen ganz neuen Stellenwert erfahren.

Hierzu können Sie, Herr Bürgermeister, der Sie ja vielleicht Ihr eigener Nachfolger sind, eine ganze Menge beitragen. Setzen Sie sich an die Spitze eines innovativen und wachsenden Hamburgs.

Exzellente Hochschulen mit einem auskömmlichen Budget, die international und national Studienbewerber anziehen, sind in Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels das Mittel der Wahl.

Das gilt nicht minder für eine attraktive Berufsausbildung, für die die Partner in der dualen Ausbildung eintreten. Daher freue ich mich, über einen ungebrochenen Trend zur Ausbildung berichten zu können.

Bis heute wurden insgesamt 9 020 Ausbildungsplätze eingetragen. Das sind nur 1,4 Prozent weniger als im Vorjahr.

Angesichts der demografischen Veränderung und des anhaltenden Trends zum Hochschulstudium ein tolles Ergebnis! Ich danke an dieser Stelle allen Hamburger Ausbildungsunternehmen für ihr Engagement.

Und ich danke vielen von diesen Unternehmen auch dafür, dass sie uns ihre Mitarbeiter für die Prüfungen der beruflichen Bildung freistellen. Ich danke auch dafür, dass wir für unsere Prüfungen Lagerhallen, Werkstätten, Maschinen, Gleise oder Schiffe von Hamburger Unternehmen nutzen dürfen. Es gäbe keine duale Ausbildung, wenn es nicht unsere 4 000 ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfer gäbe. Diese werden übrigens 2015 neu berufen.

Wir setzen darauf, dass unsere Unternehmen uns weiterhin so großartig bei dieser gesellschaftlichen Aufgabe unterstützen.

Allerdings kommt eine wachsende Zahl von Auszubildenden nicht aus Hamburg.

Bereits die Hälfte der Plätze wird mit jungen Menschen besetzt, die nicht aus Hamburg stammen.

In den Fokus rückt damit günstiger Wohnraum für Auszubildende. Vor diesem Hintergrund freue ich mich, dass das Projekt eines Azubiwohnheims nun auf einem guten Weg ist, über das Senat und Handelskammer vor wenigen Tagen eine Vereinbarung geschlossen haben.

Insgesamt ist Hamburg mit vereinten Kräften im „Bündnis für Bildung und Beschäftigung – Hamburger Fachkräftenetzwerk“ beim Thema Fachkräfte in diesem Jahr ein gutes Stück vorangekommen.

## Fachkräftemonitor gegen Fachkräftemangel

Unsere Handelskammer hat zum Beispiel jüngst den Fachkräftemonitor eingeführt. Das ist ein internetbasiertes Werkzeug auf dem neuesten Stand der Wissenschaft. Es ermöglicht jedem Unternehmer auf Knopfdruck, die Fachkräftesituation in seinem Umfeld zu analysieren.

Weitere Mosaiksteine, die ebenfalls auf das Ziel der Fachkräftesicherung einzahlen, sind die von unserer Handelskammer mitgetragene Allianz für Familien, die im nächsten Jahr zehn Jahre alt wird, unsere Aktivitäten zur Förderung von Frauen in der Wirtschaft und unser Engagement für die flächendeckende Einrichtung echter Ganztagschulen in Hamburg. Eine Chance für den Arbeitsmarkt kann auch in den vielen Flüchtlingen gesehen werden, die derzeit nach Hamburg kommen.

Unsere Handelskammer spricht sich dafür aus, ihnen nach Prüfung der Voraussetzungen einen sicheren Zufluchtsort zu bieten. Und alle Möglichkeiten der Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit so weit wie möglich auszuschöpfen. Ebenso wie der demografische Wandel ein „Megatrend“ ist, wird die Fachkräftesicherung in den kommenden Jahren ein „Megathema“ für Politik und Wirtschaft bleiben.

## Mehr Demokratie ohne mehr Bürokratie

Ebenfalls ein wichtiges Thema ist der scheinbar wachsende Wunsch in der Bevölkerung nach mehr Demokratie.

Es gibt einen Verein in der Stadt, der glaubt, diesem Wunsch nachkommen zu können, indem unser Hamburg zerstückelt und in 23 Einzelkommunen aufgelöst wird.

Die Umsetzung dieses Plans würde uns unter anderem 23 Kommunalverwaltungen und 23 weitere Bürgermeister, große Probleme bei der Planung und Realisierung von Infrastrukturprojekten, unterschiedliche Steuersätze und einen kommunalen Finanzausgleich für das Bundesland Hamburg bescheren. Das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was wir brauchen!

Für eine relativ dicht besiedelte und eng verflochtene Großstadt wie Hamburg wirkt dieses Szenario surreal und alles andere als zukunftsweisend.

Die Parteien der Bürgerschaft haben diesem Ansatz bereits eine Absage erteilt. Und auch ich finde, die Forderung nach angeblich „Mehr Demokratie“ darf in keinem Fall zu mehr Bürokratie, Verlust an Handlungsfähigkeit und Kleinstaaterei führen.

Eine wichtige Aufgabe des neuen Senats wird sein, die bestehenden Instrumente der direkten Demokratie zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

Dazu gehört zunächst einmal, dass vergangene Volksentscheide noch einmal unter die Lupe genommen werden. Was haben uns zum Beispiel die Anhänger des Rückkaufs der Netze im Vorwege alles versprochen? Das Klima sollte besser werden, die Energieversorgung sozial gerechter und demokratischer.

Heute, über ein Jahr nach dieser Entscheidung, ist der Tag gekommen, diejenigen, die eine Geldausgabe von 1,3 Milliarden Euro erzwungen haben, zu fragen: Was ist aus Ihren Versprechungen an die Bevölkerung geworden?

Diese Fragen sind noch nicht beantwortet, und ich warte auf die politischen Kräfte, die diese Fragen stellen und eine Antwort herbeiführen.

Unsere Handelskammer wird sich in ihrem Positionspapier zur Bürgerschaftswahl für eine gestärkte repräsentative Demokratie aussprechen, die um Elemente der direkten Demokratie ergänzt wird.

Dazu müssten die bestehenden Regelungen reformiert werden.

Konkret schlagen wir vor:

- die Entwicklung von Verfahren, die zu eindeutigen Fragestellungen führen,
- die Überprüfung der derzeit geltenden Quoren,
- die Überprüfung des Themenkatalogs für zulässige Abstimmungsgegenstände,
- und die Verbindung der Fragestellung mit belastbaren Aussagen über die Budgetauswirkungen.

Allenfalls unter diesen Bedingungen ist ein Mischsystem von repräsentativer und direkter Demokratie vertretbar, sofern es der Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen bieten will.

## Jubiläumsjahr 2015

In weniger als zwölf Stunden beginnt das Jahr 2015. Für unsere Handelskammer ein besonderes Jahr, denn wir werden unser 350. Jubiläum begehen.

Eine 350-jährige Geschichte ist für uns beides: ein Grund zu feiern und zugleich eine Verpflichtung, kommende Herausforderungen zu meistern.

Unsere Handelskammer würde das anstehende Jubiläum wohl nicht begehen können, hätte sie es in ihrer gesamten Historie nicht immer wieder verstanden, auf neue Herausforderungen die richtigen Antworten zur richtigen Zeit zu finden.

Erlauben Sie mir vier Beispiele für das Hier und Jetzt:

- Ich freue mich, dass inzwischen drei meiner sechs Stellvertreter im Präsidium Frauen sind, die sich aufgrund ihrer Qualifikation, nicht wegen einer Zielquote, für diese Position empfohlen haben.
- Ab 2015 werden wir gezielte Dienstleistungs-Angebote für migrantische Unternehmen machen. Wir werden hierzu eine eigene Abteilung einrichten.
- Ab dem kommenden Jahr wird die Aufbauorganisation unserer Handelskammer noch schlagkräftiger aufgestellt. Handlungsleitend sind unsere drei Kernkompetenzen: „Unternehmen beraten, Interessen bündeln, Menschen bilden“.
- Last but not least stellen wir unseren Mitgliedern in unserem eigenen Transparenzportal mehr Informationen denn je über unsere Arbeit zur Verfügung.

Um unsere Mitglieder in unseren Veränderungsprozess einzubinden, haben wir in die-

sem Jahr unsere Mitglieder aufgerufen, sich an unserem Projekt „Agenda HK350plus“ zu beteiligen, dessen Umsetzung nun beginnt

Kleine und mittelständische Unternehmen werden davon besonders profitieren. Wir werden für diese Zielgruppe unser Leistungsangebot optimieren und regional sichtbarer machen.

Außerdem wollen wir die Kommunikation mit unseren Mitgliedern auf allen klassischen und modernen Kanälen verbessern.

Wir wollen noch mehr Unternehmen dafür begeistern, sich bei uns zu engagieren und unsere Services zu nutzen. Ich danke allen Teilnehmern der Projektgruppen sehr herzlich. Sie haben sich ehrenamtlich engagiert und tragfähige Maßnahmen entwickelt, um unsere Handelskammer fit für die Herausforderungen der kommenden Jahre zu machen.

Diese Herausforderungen liegen nicht nur in der Gesamtinteressenvertretung und bei der Bereitstellung passgenauer Services, sondern auch in unserem inneren Gefüge.

## Aufgezwungene Konflikte

Im Zuge der Kammerwahlen im Frühjahr haben einzelne Kandidaten eine Form der Auseinandersetzung gewählt, die schwerlich

mit hanseatischen Gepflogenheiten in Einklang zu bringen war.

An die Stelle der bisherigen konstruktiven Vertrauenskultur trat eine uns aufgezwungene Konfliktkultur.

Unter dem Denkmantel wohlfeiler Wahlversprechen von mehr Demokratie und Transparenz wurden die Regeln der guten Zusammenarbeit ein ums andere Mal verletzt und Parteipolitik einer bestimmten Couleur in die Mitte des Plenums getragen.

Vertraulichkeit von Zwischenergebnissen der Ausschussarbeit wird bewusst missachtet, tendenziöse Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben, die vor Unterstellungen, Falschausagen und Verunglimpfung nicht Halt macht.

Meine Damen und Herren, ich will es an dieser Stelle klar sagen: Mit dem Verhalten eines ehrbaren Kaufmanns ist das nicht vereinbar!

Für das Präsidium sowie die große Mehrheit des Ehrenamts und die Geschäftsführung nehme ich in Anspruch:

1. Wir sind transparent, wo es darauf ankommt und gehen mit unserem Transparenzportal weit über das hinaus, wozu wir gesetzlich verpflichtet sind.

2. Wir wahren Vertraulichkeit, wo es zugunsten einer offenen Diskussionskultur innerhalb unserer Entscheidungsgremien geboten ist.

3. Wir halten uns an die Regeln!

Das sollten die Maßstäbe für die Plenararbeit sein, auch wenn sachliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Kammer ist kein Parlament im politischen Sinne, kein Ort des Parteienstreits und darf keine zweite Bürgerschaft sein wollen.

Die Kammer ist vielmehr der Ort, wo Kaufleute ihr Wissen einbringen, damit eine möglichst optimale Politikberatung in wirtschaftlichen Angelegenheiten gelingen kann. Ich wünsche mir daher, dass sich alle politischen Parteien mit dem Versuch der Einflussnahme in die wirtschaftliche Selbstverwaltung hinein zurückhalten. Achten Sie die Unabhängigkeit und Selbstverwaltung unserer Handelskammer. Und den Kaufleuten rufe ich zu: Engagieren Sie sich, sichern Sie die wirtschaftliche Selbstverwaltung, nicht zuletzt durch Ihre Beteiligung an den Plenarwahlen.

Neben der Umsetzung der „Agenda HK350plus“ wollen wir in unserem Jubiläumsjahr viele weitere inhaltliche Akzente setzen.

Hervorheben möchte ich eine Veranstaltungsreihe im Rahmen unseres Projekts „Hamburg 2030“. Dabei werden wir uns mit Themen

wie der ökonomischen Politikberatung, der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen oder den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung beim Infrastrukturausbau befassen.

Darüber hinaus haben wir ein Gemeinwohlprojekt initiiert, bei dem wir zusammen mit dem Verein „Futurepreneur“ Jugendliche bei der Persönlichkeitsentwicklung und in der ökonomischen Bildung fördern wollen.

### Projekt „Hamburger Merkur“ fördert öffentliche Bildung

Das hierfür notwendige Geld wollen wir durch Spenden einsammeln aus dem Verkauf des „Hamburger Merkur“, der ursprünglich den Brunnen des Ehrenhofs zieren sollte.

Setzen Sie ein Zeichen für Kaufmannsgeist und soziale Verantwortung und beteiligen Sie sich an dieser Aktion.

Ein erster Höhepunkt im Jubiläumsjahr wird sicherlich die Feier am eigentlichen Kammergeburtstag, am 19. Januar 2015, sein.

Neben vielen anderen Ehrengästen aus dem In- und Ausland haben wir die Freude, unseren Bundespräsidenten Joachim Gauck zu empfangen.

Ich freue mich schon jetzt, viele von Ihnen dann wiederzusehen.

Im Rückblick auf dieses Jahr danke ich dem Senat der Stadt für die geleistete Arbeit.

Mein Dank gilt ebenso den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages, der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen, den Bundesbehörden und der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Gerichten.

Ich danke auch dem Konsularischen Corps, den Kirchen, der Bundeswehr, der Polizei, der Feuerwehr, den Verbänden, den Kammern, den Gewerkschaften und den Medien.

Ich danke den ehrenamtlich in den Gremien unserer Handelskammer engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern, den Wirtschaftsjunioren und dem Verein der ehemaligen Junioren.

Und natürlich danke ich der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg. Ich danke all denen, die mit ihrem Engagement in Form von Stiftungen und Spenden sowie durch persönlichen Einsatz geholfen haben, soziale Nöte zu lindern und kulturelle Projekte zu fördern.

## Die Zukunft Hamburgs

Am 15. Februar ist Bürgerschaftswahl. Wir alle sind aufgerufen, uns an den Wahlen zu beteiligen. Machen Sie von diesem wichtigen demokratischen Grundrecht Gebrauch. Viele Parteien, alte und neue, werben um Ihre Stimme. Der Bürgermeister hat, wie ich meine, sein Versprechen gehalten, uns ordentlich zu regieren. Dafür sage ich danke.

Die Opposition wirbt gleichfalls um Ihre Stimme.

Mit dem Dreiklang „Hafen, Handel, High-Tech“ weist die CDU in eine Richtung, die Sie durchaus auch in meiner Rede vernehmen konnten.

Die Grünen arbeiten an ihrer Regierungsfähigkeit, das Verhältnis zur Mehrheit der Wirtschaft dieser Stadt ist aber verbesserungsfähig.

Und die FDP mit all ihren Schwierigkeiten ist die einzige Kraft, die die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nicht verbiegt.

Ich bin sicher, Sie werden aus diesem reichen Repertoire der schon in der Bürgerschaft vertretenen Parteien und gegebenenfalls neuer Parteien Ihre richtige Entscheidung treffen. Fragen Sie sich, wer unsere Stadt und die Zahl der Arbeitsplätze am besten voranbringt.

Eingangs habe ich unseren Außenminister Frank Walter Steinmeier zitiert, dem es scheint, als sei die Welt aus den Fugen geraten.

In der Tat kommt es darauf an, die Welt zusammenzuhalten.

Daher möchte ich mit einem Zitat Richard von Weizäckers schließen, der mit Blick auf den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften gesagt hat:

„Eine freiheitliche Demokratie funktioniert auf die Dauer nur, wenn sie keine bloße Summe von Privatwesen, sondern auch ein Gemeinwesen ist, wenn wir durch sie und in ihr zusammenhalten.“

In meiner Rede habe ich dargelegt, was getan werden kann, um unser Gemeinwesen zusammenzuhalten und voranzubringen. Lassen Sie uns – die Hamburger Wirtschaft, die Politik, die Verwaltung und unsere vielen weiteren Partner – im kommenden Jahr gemeinsam diese Aufgaben angehen!

Ich wünsche Ihnen allen ein glückliches und gesundes Jahr 2015!

## Schlusswort

im Namen der Hamburger Wirtschaft

Geschäftsführender Gesellschafter Gayen & Berns · Homann GmbH

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Scholz,  
sehr geehrter Herr Präses Melsheimer,  
verehrte Damen,  
meine Herren,

die Handelskammer ist, wie Sie natürlich alle wissen, von Kaufleuten für Kaufleute gegründet worden mit dem Verständnis, dass die gewählten Organe somit die Hausherrn sind. Wir sind also demzufolge Gast im eigenen Haus.

Es ist nicht nur in Hamburg eine gute Sitte, sich als Gast bei dem Hausherrn zu bedanken. Ich freue mich sehr, dass ich gebeten worden bin, für die Hamburger Wirtschaft diese traditionelle Aufgabe in diesem Jahr zu übernehmen. Das wird stets mit dem dezenten Hinweis begleitet, den Zeitrahmen zu beachten.

Ich spreche den folgenden Dank mit Stolz aus, da ich weiß, dass unsere Handelskammer eine in Deutschland deutlich herausragende Stellung einnimmt. Wir alle sind uns bewusst, dass hinter dem Konzept ein kluger, engagierter Kopf steckt, der konsequent und zielgerichtet in unterschiedlichen Bereichen für die Hamburger Wirtschaft tätig ist.

Es wird keinen überraschen, dass ich zunächst dem Hauptgeschäftsführer, Ihnen, Herr Professor Dr. Schmidt-Trenz, im Namen der Hamburger Kaufleute Dank und Anerkennung für Ihre erfolgreiche Tätigkeit ausspreche. Natürlich ist das weite Spektrum der Aufgaben nur mit den Mitgliedern der einzelnen Gremien zu bewältigen und der Dank an diese ist ebenso herzlich.

Es sind die hauptberuflichen, aber auch viele ehrenamtliche Tätigkeiten in den Funktionen im Präsidium,  
im Plenum,  
in den Ausschüssen  
und Arbeitskreisen.

In meinen Dank sind alle diejenigen eingeschlossen, die sich direkt und indirekt für die Tätigkeit unserer Handelskammer und somit für uns engagieren.

Die Kammer hat im November eine hochinteressante Broschüre herausgegeben, aus der sich die große Anzahl von ehrenamtlichen Tätigkeiten erahnen lässt und ich kann nur empfehlen, sich diese einmal anzusehen. Es wird damit deutlich, wie motiviert die Bürgerinnen und Bürger sind, die Arbeit unserer Kammer zu unterstützen.

Wir alle wissen, dass es bei größeren Einheiten, und dazu zählt auch unsere Kammer, bei aller Sorgfalt auch Bereiche gibt, die vielleicht nicht so im Fokus gestanden haben und überarbeitet werden könnten oder sogar sollten. Insofern ist es verständlich, wenn darauf auch hingewiesen wird, um Veränderungen anzuregen.

Dieses sollte allerdings in einer angemessenen Form erfolgen, ohne dann zu viel Staub aufzuwirbeln. Die Kammer hat das erkannt und mit dem Entwicklungsplan „Agenda HK350Plus“, wie auch vom Präses bereits erwähnt, reagiert.

Sehr geehrter Herr Professor Schmidt-Trenz, erhalten Sie uns Ihre Tat- und Willenskraft zum Wohle unseres Standortes, und wenn Sie weiterhin Motorrad fahren – bitte fahren Sie vorsichtig!

Meine besondere Hochachtung und Dank gilt Ihnen, lieber Herr Präses Melsheimer.

Sie haben heute nicht nur eine wiederum beeindruckende Rede gehalten, sondern Sie haben, was nicht selbstverständlich ist und heute auch immer seltener zu beobachten, für uns Kaufleute und somit auch für unsere Stadt Ihre Lebensplanung wesentlich geändert.

Nach intensiver Tätigkeit in der Assekuranz – da muss, wie ich gut beurteilen kann, hart

gearbeitet werden – lag Ihre Zukunftsplanung eigentlich darin, Ihrer waidmännischen Passion intensiver nachkommen zu können.

Aufgrund einer besonderen Situation haben Sie sich Anfang dieses Jahres allerdings bereit erklärt, weiter als Präses zur Verfügung zu stehen. Das, meine Damen und Herren, ist sehr ehrenvoll. Dieser Dank geht ebenfalls an Ihre verehrte Frau, die von dieser Entscheidung natürlich auch „betroffen“ ist.

Den damit weiterhin hohen persönlichen Einsatz – pro bono – möchte ich hier jetzt nicht weiter erläutern. Erwähnen möchte ich allerdings: Es handelt sich um eine der arbeitsintensivsten ehrenamtlichen Aufgaben in Hamburg.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einige Anmerkungen zu dem bereits erwähnten Begriff Gast beziehungsweise Gastfreundschaft. Diese ist ein hohes Gut mit weltweit verwurzelten Traditionen.

Die Hamburger Wirtschaft, also wir Hamburger Kaufleute, waren immer weltoffen, wir sind es noch und wir werden es auch immer sein.

Damit ist stets intensive Reisetätigkeit, das Kennenlernen verschiedener Kulturen und natürlich auch Menschen verbunden.

Damit einher geht das Selbstverständnis, unterschiedliche Lebensformen, Glaubensrichtungen und gesellschaftliche Besonderheiten kennenzulernen, zu akzeptieren und uns entsprechend zu verhalten. Wir sind dann Gäste in einem anderen Lande.

Die Hamburger Wirtschaft, und das völlig ohne Zweifel, ist genauso gastfrei und offen gegenüber Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen und Motivationen keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Heimat zu verlassen.

Aufgeschlossenheit und Hilfe durch uns sind selbstverständlich. Wie der Präses auch zu Recht anmerkte, erhält Hamburg damit wichtige Impulse für die Wirtschaft, die auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben.

Es ist durchaus verständlich, dass damit die Hoffnung verknüpft wird, dass Gäste, die vielleicht unsere zukünftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind, sich mit unserer Unterstützung so schnell wie möglich in unserem sozialen und rechtlichen Umfeld einleben.

Hier hat der Senat eine schwierige Aufgabe mit großer öffentlicher Resonanz.

Ein Thema hat der Präses nur gestreift. Dazu erlaube ich mir eine kurze persönliche Anmerkung. Ich glaube nicht, dass die Zukunftsfähigkeit Hamburgs von der Anzahl der Fahr-

rad fahrenden Bürgerinnen und Bürger abhängt. Mögen die weiteren Planungen in diesem Zusammenhang es uns ersparen, im kommenden Jahr hier mit Fahrradklammern an der Hose und Helm zu erscheinen.

Es steht fest: Hamburg ist „in“, über Hamburg wird positiv berichtet und Hamburg gilt als attraktive Metropole mit großer Zukunft.

Wir können stolz auf unsere Stadt sein und auf die fast 350 Jahre bestehende Handelskammer, deren Motto „Handeln für Hamburg“ auch der Einstellung der Kaufmannschaft entspricht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2015.

Die Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg ist geschlossen.



Weitere Informationen und die Broschüre zum Download finden Sie im Netz.

